

Höhere Steuern in Luzern

Kantonsparlament weicht von Steuerstrategie ab

Wie andere Kantone erhöht auch Luzern im kommenden Jahr die Steuern. Der Widerstand von FDP und SVP gegen die Mehreinnahmen von 60 Millionen Franken blieb erfolglos.

ase. Luzern · In den letzten Jahren kannten die Steuern im Kanton Luzern nur eine Richtung: abwärts. Von 2002 bis 2008 sank der Steuerfuss in der ehemaligen «Steuerhölle» von 1,9 auf 1,5 Einheiten. Gar schweizerischer Spitzenreiter wurden die Luzerner bei der Gewinnsteuer für Firmen, die 2012 halbiert wurde. Mindestens bis 2017 geht der Trend nun wieder in die andere Richtung. Mit 71 zu 47 Stimmen beschloss der Kantonsrat am Dienstag eine Erhöhung des Steuerfusses von 1,5 auf 1,6 Einheiten. Die Luzernerinnen und Luzerner liefern damit 2014 60 Millionen Franken mehr in die Staatskasse ab.

Die Budgetdebatte im Kantonsparlament entwickelte sich zu einer Grundsatzdiskussion über die Steuerstrategie des Kantons. Die Fraktionen von SVP und FDP brandmarkten die Absicht der Regierung als Abweichen von der langfristigen Tiefsteuerstrategie und ungutes Signal für Firmen, die sich für einen Zuzug in den Kanton Luzern interessierten. Sie hätten den Hebel lieber bei den Ausgaben angesetzt.

Die Hoffnung, durch tiefere Sätze zusätzliches Steuersubstrat anziehen zu können, haben SP und Grüne aufgegeben beziehungsweise gar nie gehegt. Die SP hatte daher im Vorfeld gepokert und gedroht, der allgemeinen Steuererhöhung nicht zuzustimmen, wenn nicht eine grundsätzliche Korrektur bei den Unternehmens- und Vermögenssteuern erfolge. Doch schliesslich stimmte die Mehrheit mit CVP und GLP für die Erhöhung um einen Zehntel. CVP-Vertreter bekräftigten, sie stünden weiter hinter der Steuerstrategie. Doch in christlichdemokratischen Kreisen war der Support auch schon grösser, nachdem immer mehr Gemeinden geklagt hatten, ihnen brächen die Einnahmen weg.

Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos) versicherte, dass es sich um eine vorübergehende Massnahme handle. Spätestens 2017 sollen die Steuern wieder gesenkt werden. **Keinen Erfolg hatte die Regierung mit ihrem vieldiskutierten Vorschlag, Gymnasien und Berufsschulen für eine Woche zu schliessen. Diese Massnahme, die den halben Kanton kopfscheu gemacht hatte, flog hochkant aus dem Budget, nachdem sie am Montag schon aus dem Finanzplan gekippt worden war.**